

Atis Lejins

Leiter des Lettischen Instituts für Internationale Angelegenheiten

AUSSENANSICHT

Putin, Erdgas und die deutsche Realpolitik

Für Polen und Balten ist es nur schwer nachzuvollziehen, warum sich Deutschland derart abhängig von Russland macht

Die weltpolitischen Veränderungen sind so groß, dass Condoleezza Rice vor kurzem gesagt hat, sie fühle, wie der Treibsand unter ihr zu rutschen beginne. Natürlich meinte sie das im Hinblick auf den Nahen Osten und die Situation in Afghanistan. Dort steht wahrlich viel auf dem Spiel. Aber auch wir Balten fühlten, wie sich in diesen Tagen die Erde unter unseren Füßen in Bewegung setzte, als Wladimir Putin und Gerhard Schröder die enge Partnerschaft beider Länder mit dem krönenden Abschluss der Verhandlungen über die deutsch-russische Gaspipeline auf dem Grund der Ostsee besiegelten.

Zugegeben: Deutschland braucht russisches Gas, und die deutsche Wirtschaft verlangt danach. Eine russische Zeitung zögerte nicht, die Vereinbarung als "Schröder-Putin-Pakt" zu bezeichnen.

Und es ist nicht nur Deutschland, das russisches Erdgas braucht, denn die Gasfelder in Großbritannien und Holland werden bald aufgebraucht sein. Aber kann Gazprom wirklich die einzige Antwort darauf sein? Es ist schon interessant, dass gerade jetzt ein riesiges neues Gasfeld nördlich von Norwegen gefunden worden ist und niemand davon spricht, die norwegisch-deutsche Gaspipeline deshalb zu vergrößern. Stattdessen konzentriert man sich auf ein neues, teures und ökologisch gefährliches Projekt und arbeitet dabei mit einem Land zusammen, in dem für alle ersichtlich das demokratische Defizit immer größer wird.

In diesem Zusammenhang taucht überdies die Frage auf: Wem gehört eigentlich die Ostsee? Der Grund der Nordsee wurde fein säuberlich in Sektoren eingeteilt, die bis zu einer Distanz von 200 Kilometern den Anrainerstaaten zugerechnet werden. Wenn dies auch für die Ostsee gilt, dann müssen Russland und Deutschland mit den baltischen Staaten in Verhandlungen treten, um die gigantische Gasröhre im Sand der Ostsee verlegen zu dürfen.

Das große Paradoxon dabei ist, dass sich die baltischen Staaten, die zu 100 Prozent von russischem Gas und Öl abhängig sind, darum bemühen, eine unabhängige Politik zu betreiben, und sich erfolgreich dem Westen genähert haben. Deutschland hingegen geht genau den entgegengesetzten Weg. Es erhöht seine Abhängigkeit von Russland, und womöglich wird der ein oder andere EU- und Nato-Staat ihm noch folgen. Es ist in diesem Zusammenhang nicht ohne Bedeutung, dass der frühere US-Handelsminister, Donald Evans, das Angebot Putins, einen hochrangigen Posten bei Rosneft anzunehmen, abgelehnt hat. Denn wir erinnern uns: Es war der staatliche russische Ölkonzern, der trotz

aller internationalen Proteste bei der Zerstörung der in Privatbesitz befindlichen Yukos-Oil half.

Wir sehen uns deshalb vielen Fragen gegenüber, die wir in unserer Außenpolitik künftig zu berücksichtigen haben. Eine von ihnen lautet: Gelingt es einem zunehmend autoritär regierten Russland durch seine Energiepolitik, die EU- und Nato-Staaten von sich abhängig zu machen?

Dabei war klar, dass es nach der Niederlage Russlands in der orangenen Revolutionen in der Ukraine früher oder später zu einem Gegenschlag Moskaus kommen würde. Und so darf man wohl fragen: Was eigentlich wurde während jenes denkwürdigen Telefonats auf dem Höhepunkt der Gas-Krise zwischen Alt-Kanzler Schröder und Putin eigentlich besprochen? Dass Putin sich nach dem Willen des ukrainischen Volkes und einer demokratischen Wahl richten soll? Oder dass die Gaspipeline später gegen die Ukraine genutzt werden könnte? Wäre der Gaspreis eigentlich ebenfalls um das Vierfache erhöht worden, wenn Putins Wunschkandidat Viktor Janukowitsch Staatspräsident in der Ukraine geworden wäre? Bei Russlands engstem Verbündeten, Lukaschenko, hat man dies nämlich unterlassen und den Gaspreis allenfalls homöopathisch und heimlich angehoben. Jedermann weiß, dass die Anhebung des Gaspreises nur dazu dienen sollte, Chaos in der Ukraine zu schaffen. Russlands eigentliches Ziel ist es, die Herrschaft über die ukrainischen Gaspipelines zu bekommen, inklusive der Strecken, die Gas nach Europa transportieren. Ist dies noch business as usual oder nur mehr brutale Machtpolitik?

Und nun schlägt man uns auch noch vor, dass wir Balten und Polen uns an ebenjene Ostsee-Pipeline ankoppeln sollten. Niemand anderes als der frühere Wirtschaftsminister Wolfgang Clement sagt dies, und er begründet es mit dem russischen Argument, der Weg durch die Ukraine sei zu unsicher. Man halte sich vor Augen: Die Ukraine ist ein Staat, der in die EU will und der ein Aktionsprogramm aufgelegt hat, um EU-Standards und Normen zu erreichen.

Wir sollten uns deshalb nicht an der Ostsee-Pipeline beteiligen. Sie würde uns nur noch weiter von russischem Gas abhängig machen und die Entwicklung von Alternativenergien verzögern. Denn das ist die zweite Frage, die wir uns stellen müssen: Wie können wir unsere Abhängigkeit von russischem Gas und Öl vermindern? Wir wissen nicht, ob Deutschland seine Abhängigkeit gegenüber Moskau auf 80 Prozent hochtreiben will, wie dies einige Analysten behaupten. Wir wissen nur, dass Brüssel eine Diversifikationspolitik in Sachen Energieversorgung verfolgt, wonach die Abhängigkeit von einer Bezugsquelle für Rohstoffe nicht größer als 25 Prozent sein soll. Sollten wir nicht auch Gleiches tun? Wir sind ja jetzt in der EU!

Lettland hat dabei das Potenzial, ein alternativer Energielieferant zu werden. In unseren Wäldern und auf unseren Wiesen wächst der natürliche Rohstoff für biologische Treibstoffe. Denn was wir zurzeit erleben, ist ja nicht der Beginn eines neuen Gas-Zeitalters. Im Gegenteil! Dieses Jahrhundert wird die Grundlagen für die Zeit danach legen. Wenn wir jetzt neue Technologien für alternative Energiequellen entwickeln, wird

das Ende des Gas- und Ölzeitalters sogar noch schneller kommen, weil wir immer weniger davon abhängig sein werden.

gastautor@handelsblatt.com